

## Fake News im Syker Kieker?

Mit der Verteilung des Syker Kiekers an alle Syker Haushalte am Samstag, dem 13.03.2021 hat die SPD den Syker Wahlkampf eröffnet. Das wirft Fragen auf.

1. Brauchen wir in Syke einen Wahlkampf?
2. Darf eine Partei die Wählerinnen und Wähler zu ihren Gunsten beeinflussen?
3. Wie weit darf eine Partei dabei gehen?

Nein, wir brauchen in Syke keinen Wahlkampf. Eine Kommunalwahl ist eine Personenwahl. Jede Kandidatin und jeder Kandidat steht mit seinem guten Namen dafür ein, mit bestem Wissen und Gewissen für das Wohl seiner Gemeinde wirken zu wollen. Das gilt für alle Parteien und Wählergruppen des demokratischen Spektrums.

Für die Wähler und Wählerinnen steht das Vertrauen an erster Stelle. Bei der Wahl ist entscheidend, welcher Kandidatin oder welchem Kandidaten wird das Amt zugetraut und dazu ein ehrenhaftes Verhalten, wenn er oder sie das Amt inne hat. Wählerinnen und Wähler wollen nicht belogen werden.

Natürlich darf eine Partei oder Wählergruppe ihre Wählerschaft informieren über die Ziele, die sie im Laufe der vergangenen Wahlperiode zum Wohle der Wählerschaft erreicht hat bzw. bei denen sie mitgeholfen hat, sie zu erreichen. Die Wählerinnen und Wähler sind immer dankbar für Gedächtnisstützen, aber nicht für unlautere Beeinflussung. Wähler und Wählerinnen wissen sehr genau, dass eine Partei allein nichts durchsetzen kann. Sie braucht immer auch die Stimmen der anderen zum Erreichen eines Zieles. Das ist Demokratie.

Eine Partei muss ihre Wählerschaft wahrheitsgemäß informieren. Schon das Weglassen von wesentlichen Informationen bei der Darstellung eines Sachverhaltes ist gezielte Beeinflussung oder auf Neudeutsch: Populismus.

Im Falle des Syker Kiekers kann man diese Form der Meinungsbildung an drei Stellen beobachten, zwei davon sollen hier vorgestellt werden:

Auf Seite 2 wird im Kieker über den SPD-Antrag zum sozialen Wohnungsbau berichtet. Beantragt wurden von der SPD 20 % sozialer Wohnungsbau in allen künftigen Baugebieten ab 15 Wohneinheiten. Dieser SPD-Antrag wurde in zwei Versionen am 04.03.2021 im Rat der Stadt Syke beraten.

Der Originalantrag mit 20% sozialem Wohnungsbau wurde aus guten Gründen mit 7 Ja- und 9 Neinstimmen abgelehnt.

Der geänderte SPD-Antrag zum sozialen Wohnungsbau in allen künftigen Baugebieten ohne die Beschränkung auf 20 % wurde dagegen mit 14 Jastimmen und 2 Enthaltungen mit großer Zustimmung angenommen.

Es wurden also sehr wohl „Akzente für eine solidarische Zukunft“ gesetzt, „Bedürftige wurden“ mitnichten „im Regen stehen gelassen“.

Fazit:

Die SPD kann sich nicht darüber freuen, dass der wesentliche Teil ihres Antrages mit vielen Stimmen der anderen Fraktionen angenommen wurde. Statt dessen nimmt sie übel, dass ihr Antrag geändert wurde.

Auf der Rückseite des Syker Kiekers nimmt die SPD Bezug auf die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (STRABS). Der oder die Autor/in tut hier so, als habe allein die SPD den Antrag auf Abschaffung an den Rat gestellt und dieser habe diesem Antrag zugestimmt. Das ist aber nur ein Viertel der ganzen Wahrheit.

Weggelassen wurde, dass der FWG-Antrag auf Abschaffung der Strabs bereits am 18.03.2020 im Rat beraten werden sollte. Diese Sitzung musste coronabedingt abgesagt werden.

Inzwischen hatte sich die Syker Bürgerinitiative zur Abschaffung der Strabs gegründet und eine Online-Petition gestartet.

Zur Ratssitzung am 30.04.2020 lag der FWG-Antrag wieder auf dem Tisch zusammen mit einem Antrag der Grünen, der in die gleiche Richtung zielte. Dazu kam noch ein Antrag der CDU mit dem Vorschlag, eine Arbeitsgruppe zum Thema einzurichten. Die Anträge der FWG und der Grünen wurden wieder vertagt, der Antrag der CDU auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe wurde dagegen mehrheitlich beschlossen.

Nach der Sommerpause tagte die Arbeitsgruppe zum Thema Abschaffung der Strabs bis ca. Ende Oktober.

Bis zum Oktober hatte die Bürgerinitiative enormen Zulauf gewonnen und damit entsprechenden Druck auf die zögerlichen Fraktionen der SPD und der CDU aufgebaut.

Auf der Ratssitzung am 16.12.2020 lag neben den anderen Anträgen von FWG und Grünen endlich auch der SPD-Antrag zur Abschaffung der Strabs auf dem Tisch. Mit 13 Ja-, 2 Neinstimmen und 1 Enthaltung wurde jetzt allen Anträgen zugestimmt und die Abschaffung der Strabs angenommen. Gut Ding braucht Weile. Eine der Neinstimmen stammte übrigens aus der SPD, die andere von der CDU.

Fazit:

Die SPD hat nicht gelogen, sie hat nur verschwiegen, dass sie sich mit der Abschaffung der Strabs sehr sehr schwer getan hat.

Die Leser dieser Zeilen mögen sich ihre eigenen Gedanken dazu machen.